

## Europas Unterhändler: Schweiz ist rückständig

Bisher geheime Dokumente von 1991 offenbaren Pikantes zu den Verhandlungen über den Schweizer EWR-Beitritt.

**René Donzé**

Vor dreissig Jahren hat der Bundesrat beschlossen, die Schweiz in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu führen - und dies bloss als erster Schritt zu einem Beitritt in die heutige Europäische Union (damals Europäische Gemeinschaft, EG). Ein Entscheid, der die politische Landschaft prägen sollte: Er führte zum EWR-Nein 1992, machte Christoph Blochers SVP gross und mündete 2021 im Scheitern des Rahmenabkommens.

Nun zeigt sich, wie frustriert die Regierung schon damals in

der Europafrage war. Gestern Samstag wurden, zum Ablauf der 30-jährigen Schutzfrist, die diplomatischen Dokumente des Jahres 1991 auf dodis.ch öffentlich gemacht - darunter auch Protokolle von Bundesratssitzungen und Verhandlungen.

Diese dokumentieren, wie sich die Hoffnungen der Schweiz auf Mitbestimmungsrechte im EWR zerschlugen. Der erhoffte Mittelweg zwischen EG-Beitritt und Abseitsstehen erwies sich im Verlaufe der Verhandlungen zusehends als unbefriedigend. Bundesrat Kaspar Villiger (fdp.) sah das Land «auf dem Weg eines Kolonialstaates mit Autonomiestatus». Bundespräsident Flavio Cotti (cvp.) sagte: «Die institutionellen Mängel sind zu gross.» Und Otto Stich (sp.) warnte davor,

dass sich die Schweiz im EWR zum Satelliten der EG mache. Da sollte man doch besser «direkt und sorgfältig die Frage eines Beitritts und seiner Folgen für die Neutralität und die direkte Demokratie» prüfen.

Dabei hatte die EG offenbar gar kein grosses Interesse an einem Beitritt der Schweiz. Das geht aus einer Aktennotiz des damaligen Schweizer Chefunterhändlers Franz Blankart nach einem Gespräch mit EG-Chefunterhändler Horst Günter Krenzler hervor: Dieser habe gesagt, die Schweiz verfüge über ein «Modernitätsdefizit von 30 Jahren». Und zwar «in der Weise der Beschlussfassung, in der Gesetzgebung, im Solidaritätsbewusstsein und letztlich in der Mentalität». Falls das Defizit durch einen Beitritt korrigiert werden soll, so könne dies nur in zwei Schritten, über den EWR erfolgen. Ferner warnte er schon damals: Bilaterale Abkommen «bringen nichts mehr, da heute in Europa der kollektive Entscheid die eigentliche Kraft ist».